

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 24.09.2019

„Andauernde Teilspernung der Lesumbrücke“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der FDP hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich der Verkehr und die Stausituation auf der A27 durch die Engpasssituation seit der Teilspernung der Lesumbrücke während der Hauptverkehrs- und den Randzeiten entwickelt?
2. Wie hat sich die Verkehrssituation in den benachbarten Stadtteilen insbesondere bezogen auf Rückstau und Höhe des Verkehrsaufkommens entwickelt?
3. Welche Maßnahmen hat der Senat bezüglich der Umleitung von Verkehren bzw. der Verkehrsflusssteuerung, der Ausweitung des ÖPNV und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschafts- und Hafenstandorte Bremen und Bremerhaven unternommen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Mit Einrichtung der Teilspernung auf der A27 und der Leitung der Verkehre über die Gegenfahrbahn kam es zunächst in den Spitzenzeiten auf dem umliegenden Straßennetz zu erheblichen Stauereignissen. Nach einer Woche haben sich die Verkehrsverhältnisse allerdings weitgehend stabilisiert. Durch den Wegfall von zwei Fahrspuren ist die gemessene Verkehrsstärke pro Tag auf der A27 seither konstant um rund 20 % gemindert. Ebenfalls kann festgestellt werden, dass die Spitzenzeiten früher ein- und später aussetzen. Dies lässt auf ein verändertes Verkehrsverhalten schließen.

Zu Frage 2:

Im Zuge der Teilspernung erfolgte eine im Nahbereich messbare Verlagerung der Verkehre zu Lasten alternativer Querungsmöglichkeiten – der Wümmebrücke im Blockland und der Lesumbrücke in Bremen-Burg. Die Zunahme der täglichen Verkehrsstärke bewegt sich allerdings bei allen Strecken unterhalb der 10 %-Marke. Dennoch kommt es insbesondere in der Spitzenzeit am Nachmittag zu Verzögerungen auf der Grambker und Burger Heerstraße in auswärtiger Richtung.

Zu Frage 3:

Die Steuerung der Lichtsignalanlage auf der Ritterhuder Heerstraße (Wümmequerung) wurde zu Gunsten der Verkehre auf der wichtigen Ein- und Ausfallstraße verändert.

Bei den Lichtsignalanlagen auf dem Heerstraßenzug in Stadtteil Burglesum wurden Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert, um die aufgrund der Sperrung erhöhten Verkehre besser bewältigen zu können. Die Maßnahmen wurden dem Beirat Burglesum am 26. März 2019 vom Amt für Straßen und Verkehr vorgestellt. Zur Finanzierung führt die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau derzeit Gespräche mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Für den ÖPNV wurde unverzüglich ein Konzept erarbeitet, um verkehrsbedingte Verspätungen auf den Ausweichstrecken zu vermeiden. Da sich die verkehrliche Situation seitdem etwas entspannt hat, war eine Umsetzung dieses Konzeptes bisher nicht erforderlich.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven wurden unterschiedliche Maßnahmen untersucht. Dazu gehört z.B. der Vorschlag, besonders breite Transporte zu definierten Zeiten im Konvoi über die Brücke zu führen. Diese Idee kann aber aufgrund fehlender Aufstellplätze zur Konvoibildung nicht realisiert werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderrelevanten Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Senatsvorlage ist mit der Senatorin für Wissenschaft und Häfen sowie mit dem Magistrat in Bremerhaven abgestimmt. Die Abstimmung mit der der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa wurde eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau vom 23.09.2019 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.